



Erklärung der Dresdner Historikerkommission zur Ermittlung der Opferzahlen der Luftangriffe auf die Stadt Dresden am 13./14. Februar 1945

Dresden, 1. Oktober 2008

I.

Die Zerstörung des Stadtzentrums von Dresden durch alliierte Luftangriffe im Februar 1945 ist tief in die Biographien der Erlebnissgeneration eingeschrieben und gehört bis heute zum festen Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses der Stadt. Seit dem Februar 1945 wurde das historische Geschehen zum Gegenstand einer breiten und vielfältigen Erinnerungskultur mit teilweise weltweiter Ausstrahlung – aber auch einer intensiven propagandistischen Nutzung und weitreichenden Mythologisierung. Seit Jahrzehnten wird dabei in einem öffentlichen Diskurs das historische Geschehen kontrovers dargestellt und interpretiert.

Im Zentrum der Auseinandersetzung um die Dresdner Luftkriegsereignisse steht die extrem gegensätzliche Darstellung der Zahl der Opfer der Luftangriffe auf Dresden zwischen dem 13. und 15. Februar 1945. Bis heute schwanken die Angaben zwischen 20.000 und bis zu 500.000 Toten, selbst Opferzahlen von einer Million Menschen sind in der Literatur zu finden.

Dresden ist damit ein herausragender Fall einer deutschen Stadt, die sich des Ausmaßes der größten Katastrophe in ihrer Geschichte nicht annähernd sicher sein kann.

Allein dies stellt bereits eine Herausforderung für die Geschichtswissenschaft dar. Darüber hinaus aber ist die jahrzehntelange Kontroverse um die Dresdner Opferzahlen Ausdruck einer zutiefst umstrittenen Symbolbildung: Bis heute steht Dresden alljährlich im Mittelpunkt intensiver geschichtspolitischer Auseinandersetzungen, die weit über den regionalen Rahmen hinausreichen.

Deshalb beauftragte der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden im Jahr 2004 eine unabhängige Historikerkommission damit, die umstrittene Frage der Opferzahl umfassend zu untersuchen und offene Fragen zu klären. Die breite, interdisziplinär angelegte Arbeit in verschiedenen Projektgruppen umfasst Archivare, Archäologinnen und Archäologen, Historikerinnen und Historiker, Ingenieure, Museumsspezialisten, Verwaltungsbeamte und engagierte Vertre-

terinnen und Vertreter der Bürgerschaft. Besonders wichtig war die Öffentlichkeitsarbeit, mit der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gewonnen und kommunalpolitische Widerstände überwunden wurden. Mit seinem Beschluss vom 18. Januar 2007 hat der Stadtrat das wissenschaftlich anspruchsvolle und zeitaufwändige Projekt mit Finanzmitteln unterstützt und die Berufung der meist nebenamtlich wirkenden Expertinnen und Experten bestätigt.

Die Arbeit im überwiegenden Teil der Einzelprojekte ist abgeschlossen. Der 47. Deutsche Historikertag 2008 in Dresden gibt nun Gelegenheit, Ergebnisse der Kommissionsarbeit zu präsentieren und zu erläutern. Die Publikation des **ausführlichen Kommissionsberichts mit dem Endergebnis** wird im Jahre 2009 erfolgen.

II.

Im Ergebnis der Untersuchungen der Kommission sind bislang 18.000 Dresdner Luftkriegstote nachgewiesen worden, die den Luftangriffen zwischen dem 13. und 15. Februar 1945 zuzuordnen sind. Die Kommission geht von maximal 25.000 Menschen aus, die während der Februar-Luftangriffe in Dresden ums Leben gekommen sind.

Bis etwa zum Jahresende 2008 wird die Analyse der umfangreichen Daten, die von der Kommission recherchiert worden sind, noch anhalten. Es ist zu erwarten, dass die genannte Größenordnung der Dresdner Luftkriegstoten des Februar 1945 im Ergebnis weiter qualifiziert werden kann. Die Kommission hat in ihren Untersuchungen keine Beweise oder belastbaren Indizien dafür gefunden,

dass die Zahl der bei den Luftangriffen auf Dresden im Februar 1945 getöteten Menschen – auch unter Einbeziehung nichtidentifizierter oder unbekannter Opfer – wesentlich über- oder unterhalb des angegebenen Bereichs liegen könnte.

III.

Eine wesentliche Grundlage für die Arbeit der Historikerkommission stellten vor allem intensive Recherchen und Analysen von Archivdokumenten und Informationssammlungen dar. Der überwiegende Teil dieser Unterlagen aus Archiven und Behörden ist im Rahmen der Kommissionsarbeit erstmalig ausgewertet worden – allein im Dresdner Stadtarchiv betrifft dies 780 laufende Meter Archivgut.

Die Arbeitsgruppe „Statistisch-geografische Analyse“ war und ist bemüht, alle erreichbaren personen-, orts- und zeitkonkreten Angaben zu Dresdner Luftkriegstoten aus zahlreichen verschiedenen Quellen elektronisch zu erfassen und durch Vergleich abzustimmen. So entsteht erstmals ein differenziertes Bild des Geschehens in Dresden, das in elektronischen Datenbanken verzeichnet und auf Geodatenbasis kartiert wird. Zusammenführung und Abstimmung dieser Daten erfordern noch weitere Bemühungen. Der Stand der Arbeit ermöglicht aber schon jetzt eine Annäherung an die Größenordnung der Gesamtopferzahl.

Zum heutigen Zeitpunkt liegt eine Datenbank mit etwa 40.000 personenbezogenen Vorgängen vor, die einzelne Fälle der Bergung, Bestattung und amtlichen Registratur der Dresdner Luftkriegstoten betreffen – wobei pro betroffener Person teils mehrfache Einträge

aus unterschiedlichen Quellen vorliegen. Diese Datenbasis basiert im Wesentlichen auf der elektronischen Erfassung und Auswertung Zehntausender Informationen aus umfangreichen Unterlagen von bislang etwa 25 Friedhöfen, aus fragmentarisch überlieferten Nachweisen aus dem Bestand des städtischen Vermisstennachweises sowie aus den Unterlagen verschiedener Archive, Standesämter und Amtsgerichte in und außerhalb Dresdens. Vergleichend und ergänzend wurden Datensammlungen der städtischen Friedhofsverwaltung und des Volksbundes Kriegsgräberfürsorge ausgewertet.

Diese umfangreiche Informationsbasis erlaubt erstmalig eine wenigstens annähernde Rekonstruktion der geschichtlichen Abläufe von Bergung, Registratur und Bestattung der Dresdner Luftkriegstoten. Daneben lässt der Vergleich verschiedener paralleler Überlieferungen Rückschlüsse auf die Qualität zusammenfassender Aussagen in Archivdokumenten zu.

Insgesamt wird deutlich, dass die Bergung, Registratur und Bestattung der Luftkriegstoten in Dresden – gemessen an der Situation in der schwer zerstörten Stadt – bemerkenswert geordnet verlaufen ist. Die Verantwortlichen hatten schwere Luftangriffe auf Dresden erwartet und ihre Organisationen intensiv auf die Bewältigung der dann eintretenden Folgen vorbereitet. Angesichts der enormen Größe der Katastrophe musste jedoch vielfach improvisiert werden, so dass erhebliche Abweichungen von den geplanten Vorgehensweisen unvermeidlich waren. Alle verfügbaren Unterlagen belegen dabei, dass die Zivilverwaltungen und die Polizei bemüht waren, die Ord-

nungsmäßigkeit im Umgang mit den Luftkriegstoten aufrecht zu erhalten. Zusammenfassende Statistiken der Luftkriegstoten aus der Zeit zwischen Februar und Juli 1945 erweisen sich als in der Größenordnung korrekt, wenngleich – bedingt durch erhebliche Kommunikationsprobleme der Verwaltungen untereinander und die Überlagerung mit weiteren Kriegsereignissen – als im Detail nicht exakt. Stadtverwaltung und Polizei in Dresden gingen ab März 1945 von ca. 25.000 Opfern der Februar-Luftangriffe aus. Diese Größenordnung wurde auch in weiteren lokalen Statistiken in der Nachkriegszeit aufrechterhalten. Nach späteren erneuten Untersuchungen schätzte die Stadtverwaltung die Dresdner Luftkriegstoten auf etwa 35.000 – was der heutigen Überprüfung nicht standhält – und legte sich ab 1965 auf diese Zahlenangabe fest.

Konträr zu den lokalen Statistiken verwendete die nationalsozialistische Propaganda bereits wenige Tage nach dem 13. Februar 1945 in ihrer Auslandsarbeit mehrfach höhere Opferzahlen. Im März 1945 wies schließlich das Auswärtige Amt die deutschen Gesandtschaften im neutralen Ausland an, Opferzahlen von bis zu 200.000 Toten in Dresden zu verbreiten. Als zentraler Bestandteil einer weiterreichenden Mythologisierung der Zerstörung Dresdens wurden Zahlen in dieser Dimension in den propagandistischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit und im „Kalten Krieg“ unablässig weiter verwendet. Sie finden sich bis heute in der Fach- und Populärliteratur, in den Medien und in der Öffentlichkeit. Sie werden nach wie vor auch als Argument in politischen Auseinandersetzungen verwendet.

IV.

Die Historikerkommission hat sich sorgfältig mit allen bekannten Argumentationen auseinandergesetzt, mit denen wesentlich höhere Zahlen an Luftkriegstoten für Dresden begründet werden.

Weit verbreitet ist die Vermutung, dass die Bergung der Opfer der Luftangriffe im Dresdner Stadtgebiet nicht flächendeckend geschehen sei. Man müsse, so die Behauptung, von vielen Tausend Toten ausgehen, die in den Kellern des zerstörten Stadtzentrums verblieben seien. Die Historikerkommission konnte im Rahmen der bereits erwähnten statistisch-geografischen Analyse nachweisen, dass in ausnahmslos allen Dresdner Schadensgebieten Bergungen von Luftkriegstoten stattgefunden haben. Dazu wurden bislang einzeln dokumentierte Bergungen in mehr als 600 Dresdner Straßen ermittelt. Die Dokumentationen der Stadtarchäologie, die seit 1994 große Teile der Altstadt in archäologischen Grabungen untersucht hat, belegen eine sorgfältige Beräumung der kriegszerstörten Keller in der Nachkriegszeit. Im Zeitraum von 1994 bis 2008 wurden bei Grabungen auf ca. 10 ha der Stadtfläche an nur drei Stellen der Dresdner Altstadt sterbliche Überreste von insgesamt 14 Toten gefunden, von denen 11 mit Sicherheit den Luftangriffen des Jahres 1945 zuzuschreiben sind.

Vielfach wird vermutet, dass eine sehr große Zahl von Menschen im Feuersturm der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 rückstandslos verbrannt sei und damit nicht mehr auffindbar wäre. Dafür wurden bislang keine Anhaltspunkte gefunden. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten hat die Kommission versucht, über Expertengutachten Aussagen zum Brandgeschehen im

Feuersturm zu erhalten. Materialuntersuchungen machten deutlich, dass in den Kellern der Altstadt auch zeitweilig keine Verhältnisse erreicht wurden, bei denen menschliche Körper nahezu rückstandslos verbrennen würden. Es bestätigt sich der Eindruck der Bergungskommandos, dass die Mehrzahl der Toten in den Kellern durch Sauerstoffmangel erstickt oder durch einstürzende Gebäudeteile erschlagen wurden. Im Freien können im Feuersturm unter bestimmten Umständen – zeitweise und auf wenige Orte begrenzt – höhere Temperaturen aufgetreten sein. Über Fallstudien zu einigen Dresdner Straßen, die sich mitten im Feuersturm befanden und am stärksten betroffen waren, wurde versucht, eine quantifizierbare Vorstellung von den Auswirkungen der Luftangriffe zu erhalten. Im Ergebnis aufwändiger Recherchen – unter Einschluss von Nachbarschaftsinterviews unter Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – wurde deutlich, dass auch in baulich vollständig zerstörten Innenstadtstraßen eine größere Zahl Einwohnerinnen und Einwohner überlebten.

Einen wesentlichen Problembereich bei der Auseinandersetzung um die Zahl der Luftkriegstoten in Dresden stellen auswärtige Flüchtlinge dar, die sich am 13. Februar 1945 in Dresden befunden haben. Es wird oft vermutet, dass eine sehr hohe Zahl an Flüchtlingen den Luftangriffen zum Opfer gefallen sei (genannt werden Zahlen von mehreren Hunderttausend Menschen) und diese in der Registrierung der Dresdner Behörden nicht nachweisbar wären. Die Kommission kann dazu einerseits über die Erfassung aller bekannten Einzelfälle nachweisen, dass auswärtige Luftkriegstote wie alle Dresdnerinnen und Dresdner auch von den städtischen Behörden registriert worden

sind. Parallel dazu wurde eine breit angelegte Analyse von zentralen deutschen Personenstandsregistern und Statistiken der Flüchtlingsbewegungen durchgeführt. Auch wenn die genaue Zahl der in Dresden zum Zeitpunkt der Luftangriffe anwesenden Flüchtlinge nicht mehr feststellbar ist, kann die Kommission im Ergebnis dieser Untersuchung mit Sicherheit ausschließen, dass im Februar 1945 in Dresden etwa Zehntausende Menschen ums Leben gekommen sind, die ihren Wohnsitz nicht in der Stadt hatten.

Für die Diskussion um die Zahl der Dresdner Luftkriegstoten sind Darstellungen, dass zusätzlich zu den Bombardierungen auch alliierte Tiefflieger unter den aus der brennenden Stadt fliehenden Menschen ein Blutbad angerichtet hätten, von eher peripherer Bedeutung. Weil entsprechende Erinnerungen aber immer wieder vorgetragen werden, war die Kommission vom Dresdner Stadtrat explizit beauftragt worden, auch diese Frage erneut zu untersuchen. Dazu wurden nach mehrfachen öffentlichen Aufrufen Angaben von 270 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen überprüft. Im Ergebnis dessen führte der sächsische Kampfmittelräumdienst an mehreren von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen benannten Orten aufwändige Suchen nach Geschossfragmenten durch, die einen Bordwaffenbeschuss belegen würden. Die Sondierungs- und Grabungsarbeiten sind in diesen Tagen abgeschlossen worden. Dabei sind weder bei diesen Untersuchungen noch aus der Analyse von Archivdokumenten oder Zeitzeugenberichten schlüssige Belege für systematischen Bordwaffenbeschuss bei den Luftangriffen vom 13. bis 14. Februar 1945 deutlich geworden. Nachweislich haben Luftkämpfe über Dresden stattgefunden, deren Wahrnehmung wahr-

scheinlich als Tieffliegerangriffe gedeutet wurde. Dies würde einzelne Todesfälle oder Verwundungen durch fehlgegangene Feuerstöße nicht ausschließen.

V.

Die Kommission unternahm besondere Bemühungen, um die Erfahrungen und Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des 13. Februar 1945 zu sammeln und auszuwerten. Die Arbeitsgruppe „Oral History“ registrierte dazu alle in den verschiedenen Dresdner Sammlungen bereits vorhandenen Zeitzeugenberichte – zum jetzigen Zeitpunkt ca. 1.500 Erlebnisschilderungen unterschiedlicher Art. Mehrfach wurde öffentlich aufgefordert, Informationen für die Kommissionsarbeit bereitzustellen und für Interviews zur Verfügung zu stehen. Im Ergebnis dessen konnten 40 lebensgeschichtlich angelegte Interviews aufgezeichnet, transkribiert und in Teilen bereits analysiert werden. Die Auswertung der großen Informationsfülle aus Berichten und Interviews dauert noch an. Sie wird auch nach dem Ende der Kommissionsarbeiten fortgeführt werden müssen.

In den Erinnerungen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wird die Dimension der Dresdner Katastrophe im Februar 1945 deutlich – vor allem in ihren Auswirkungen auf jede einzelne Lebensgeschichte, auf Familien und Nachbarschaften. Für die Arbeit der Kommission enthalten die Berichte wertvolle Fakten, die das Wissen um die geschichtlichen Abläufe im Detail verbesserten. In der übergreifenden Analyse der einzelnen Berichte werden die Aussagen und Wertungen der Kommission tendenziell eher

unterstützt, wenngleich einige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auch teilweise abweichende Beobachtungen und Schlussfolgerungen vermitteln. Deutlich wird der Einfluss eines jahrzehntelangen kollektiven Erinnerns auf die persönlichen Erzählungen und Wertungen.

Mit einem Teilbereich der Zeitzeugenerinnerung hat sich die Kommission im Besonderen beschäftigt: Dazu wurden Berichte einzelner Militärangehöriger aus dem Umfeld der Dresdner Standortkommandantur der Wehrmacht untersucht. Dabei wurde deutlich, dass die Verantwortlichen dort, von der Katastrophe überfordert, nur am Rande an den Bergungsarbeiten beteiligt gewesen waren und sich ansonsten hauptsächlich damit befassen mussten, das Trümmerfeld Dresden als „Festungsbereich“ für den Endkampf herzurichten. Selbst die Zahl der Opfer unter den Soldaten – bei einer aktuellen Garnisonsstärke von rund 17.000 Mann offenbar nur ca. einhundert – ist ihnen nicht bekannt gewesen. Ihre nachträglichen Aussagen zu Gesamtzahlen der Dresdner Luftkriegstoten bleiben spekulativ.

VI.

Mit ihrer aufwändigen und detaillierten Untersuchung möchte die Historikerkommission dazu beitragen, die Zerstörung des Dresdner Stadtzentrums im Februar 1945 als größte Katastrophe in der Stadtgeschichte und als tief eingetragene Erfahrung in den Biographien der Betroffenen zu erinnern und wissenschaftlich darzustellen. Sie ist dabei von der Verantwortung geleitet, die aus der weltweiten Bedeutung des Dresdner Geschehens als Geschichtssymbol resultiert.

In der Konsequenz des von Deutschland ausgehenden Krieges wurde Dresden im letzten Kriegsjahr durch alliierte Luftangriffe schwer zerstört. Innerhalb weniger Stunden starben viele Tausend Menschen – Zivilistinnen und Zivilisten sowie Militärangehörige, Dresdnerinnen und Dresdner sowie Flüchtlinge, aber auch Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Häftlinge und Kriegsgefangene. Für die wenigen noch nicht ermordeten Dresdner Jüdinnen und Juden bedeuteten die Luftangriffe Gefahr und Rettung vor Deportation gleichermaßen. Ein verantwortliches Erinnern an das Schicksal aller dieser Menschen setzt ein ernsthaftes und andauerndes Bemühen um die Korrektheit der geschichtlichen Darstellung voraus.

Mitglieder der Kommission:

- Prof. Dr. phil. Rolf-Dieter Müller (Wissenschaftlicher Direktor, Militärgeschichtliches Forschungsamt der Bundeswehr Potsdam) – wissenschaftliche Leitung
- Götz Bergander (Journalist, Publizist), Berlin
- Dr. phil. Horst Boog (Ltd.Wiss.Dir. a.D., Militärgeschichtliches Forschungsamt der Bundeswehr), Stegen
- Wolfgang Fleischer (Militärhistoriker, Wiss. Oberrat im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr, Dresden)
- Thomas Kübler (Archivdirektor, Amtsleiter des Stadtarchivs Dresden)
- Dipl.-Ing. Matthias Neutzner (Historiker/ Publizist, IG „13. Februar 1945“ e. V. Dresden)
- Dr. rer. pol. et phil. Rüdiger Overmans (ehemals Militärgeschichtliches Forschungsamt der Bundeswehr), Freiburg
- Dr. phil. Alexander von Plato (Institut für Geschichte und Biographie), Stade
- Friedrich Reichert (Dipl. Historiker, Stadtmuseum Dresden)
- Nicole Schönherr (M.A. Historikerin, Dresden)
- Dr. phil. Helmut Schnatz (Studiendirektor a.D), Koblenz
- Dr. phil. Thomas Westphalen (Kommissarischer Amtsleiter des Landesamtes für Archäologie Sachsen)
- Dr. phil. Thomas Widera (Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden)

Impressum

Herausgeber
Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin

Ansprechpartner erreichbar unter
Telefon (03 51) 4 88 20 21

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail presseamt@dresden.de

Postfach 12 00 20
01001 Dresden
www.dresden.de

weitere Informationen:
www.dresden.de/13.februar
→ Historikerkommission

Oktober 2008

Kein Zugang für elektronisch signierte und verschlüsselte Dokumente. Verfahrensanhträge oder Schriftsätze können elektronisch, insbesondere per E-Mail, nicht rechtswirksam eingereicht werden. Dieses Informationsmaterial ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Landeshauptstadt Dresden. Es darf nicht zur Wahlwerbung benutzt werden. Parteien können es jedoch zur Unterrichtung ihrer Mitglieder verwenden.